

Antworten auf die Wahlprüfsteine des Kinderschutzbundes Berlin zur Wahl des Abgeordnetenhauses 2026

Antworten der CDU Berlin

1. Kinder in Berlin brauchen wirksamen und präventiven Kinderschutz

Einordnung des Kinderschutzbundes Berlin: Die Zahlen von Kindeswohlgefährdungen sind seit der Corona-Pandemie auf einem konstant hohen Niveau. Aktuelle Statistiken zeigen, dass zuletzt rund 10.000 Fälle gemeldet wurden, in denen Minderjährige in Berlin von akuter oder latenter Kindeswohlgefährdung betroffen waren¹. Dahinter stehen Kinder und Jugendliche, die in ihrem familiären Umfeld Gewalt erfahren, hinzu kommen viele weitere, deren Fälle nicht erfasst werden. Sie alle müssen so niedrigschwellig und so schnell wie möglich nachhaltige Unterstützung finden können.

Der Regionale Sozialpädagogische Dienst ist überlastet und häufig schwer erreichbar. Mit welchen strukturellen Maßnahmen werden Sie sicherstellen, dass alle Berliner Jugendämter die notwendigen Ressourcen haben, um eine zeitnahe Fallbearbeitung zu gewährleisten?

Antwort der CDU Berlin: Wir setzen uns für eine Stärkung der Berliner Jugendämter ein, damit diese ihre wichtigen Aufgaben in der Jugendhilfe, der Jugendsozialarbeit, im Kinderschutz und in der Familienhilfe verlässlich erfüllen können. Wir haben mit dem Gesetz zur Weiterentwicklung der Kinder- und Jugendhilfe (AG-KJHG) dafür gesorgt, dass in allen Jugendämtern verbindlich spezialisierte Kinderschutzteams vorzuhalten sind. Diese sind so auszustatten (Kinderschutzmobil, Smartphones, Tablets/ Laptops), dass sie schnell und wirksam handeln können. Im Gesetz ist gleichermaßen geregelt, dass alle Bezirke Jugenddelinquenz-Teams an der Jugendgerichtshilfe einrichten – was inzwischen auch umgesetzt ist. Mit dem Jugendgewaltgipfel haben wir bereits 34 zusätzliche Stellen in den Bezirken geschaffen. Zudem setzen wir uns für die landesweit einheitliche rechtliche Verankerung und den flächendeckenden Ausbau der Schuldistanz-Teams in allen Berliner Jugendämtern ein. Diese spezialisierten Teams arbeiten präventiv und intervenierend mit Kindern und Jugendlichen, die durch Schulabsentismus oder auffälliges Verhalten ins Blickfeld geraten sind und sollen in den bestehenden Strukturen wie den Kinderschutz- und Jugenddelinquenz-Teams der Jugendämter mit den Schulen verbindlich arbeiten. Hierzu werden wir aufgrund der Ergebnisse des von der CDU-geführten Senatsbildungsverwaltung vorgelegten Gewaltmonitorings einen Maßnahmen- und Handlungsplan mit den Stakeholdern entwickeln und umsetzen. Entscheidend ist dabei die verbindliche Kooperation von Jugendamt, Schule, Polizei, Staatsanwaltschaft, Familien- und Jugendrichtern und weiteren Akteuren.

Der Berliner Notdienst Kinderschutz (BNK) leistet als öffentlicher Träger eine unverzichtbare Arbeit als Garant für den Kinderschutz in unserer Stadt und entlastet zugleich die Jugendämter spürbar. Um diese Arbeit weiter zu stärken, haben wir aus den Mitteln des Jugendgewaltgipfels 14 zusätzliche

¹ Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2025): Statistischer Bericht K V 10 - j / 24 – Jugendhilfe im Land Berlin 2024. Potsdam, S. 4.

Stellen geschaffen. Darüber hinaus haben wir mit 5 Millionen Euro ein Platzausbauprogramm finanziert, um Einrichtungen mit Aufnahmeverpflichtung zu etablieren.

Ein zentraler Baustein ist für uns außerdem der Abbau von unnötiger Bürokratie, damit die Fachkräfte wieder mehr Zeit für die eigentliche Arbeit mit den Familien haben. Auch hier haben wir im AG-KJHG eine Vereinfachung z.B. der Hilfeplanung angelegt. Zudem haben wir mit dem Konnexitätsausführungsgesetz die rechtliche Grundlage dafür geschaffen, dass die Bezirke für die ihnen übertragenen Aufgaben auch die entsprechende finanzielle und personelle Ausstattung erhalten.

Die Weiterentwicklung der (bezirklichen) Präventionsketten, die planvolle Einbindung der frühen Hilfen, gesundheitlichen Angeboten und die Berücksichtigung der Kooperation Schule, Jugend und Gesundheit auf Landes- und Bezirksebene bieten einen strategischen Rahmen. In dem Zusammenspiel ist auch eine Entlastung der Jugendämter einbezogen.

Wie werden Sie sich nach der Wahl des Abgeordnetenhauses 2026 für eine nachhaltige Finanzierung des Netzwerkes Kinderschutz und insbesondere der Kinderschutz-Fachberatungsstellen einsetzen?

Antwort der CDU Berlin: Der Schutz von Kindern ist für uns sehr wichtig. In der vergangenen Legislaturperiode hat der CDU-geführte Senat bereits wichtige Schritte zur Stärkung des Netzwerkes Kinderschutz unternommen. Wir bekennen uns klar zur dauerhaften Absicherung und bedarfsgerechten Weiterentwicklung der bestehenden Hilfestrukturen und Fachberatungsstellen Kinder-schutz-Zentrum Berlin e.V., Hilfe für Jungs e.V., Der Kinderschutzbund Landesverband Berlin, Strohalm e.V., Kind im Zentrum, In Via Wildwasser e.V., JugendNotmail und neuhland.

Unser Ziel ist es, flächendeckend verbindliche und standardisierte Schutzkonzepte zu etablieren und die interdisziplinäre Zusammenarbeit der regionalen Netzwerke zu fördern. Durch eine verlässliche Finanzierung wollen wir sicherstellen, dass die aufsuchende Arbeit und die spezialisierte Beratung für betroffene Kinder, Jugendliche und deren Familien auch in Zukunft schnell und entschlossen erfolgen kann.

Wie wollen Sie die finanzielle Absicherung der bezirklichen Schulstationen in freier Trägerschaft langfristig gewährleisten? Welche Qualitätsstandards sollen dabei erhalten oder weiterentwickelt werden?

Antwort der CDU Berlin: Die Jugendsozialarbeit an Schulen, die Schulsozialarbeit, Schüler-Clubs und die Schulstationen leisten einen unverzichtbaren Beitrag für ein gutes Lernklima und die persönliche Entwicklung der Schülerinnen und Schüler. Wir wollen die verschiedenen bestehenden Pro-gramme zur Schulsozialarbeit im Land Berlin weiter stärken und verlässlich absichern, um Schulen als Orte des Lernens und des sozialen Miteinanders zu festigen. Dabei setzen wir auf eine enge und vertrauensvolle Zusammenarbeit mit den freien Trägern, aber auch mit der Jugendhilfe und Jugendarbeit. Darüber hinaus ist es unser Ziel, die multiprofessionelle Kooperation an den Schulen als festen Standard zu etablieren, bei dem Lehrkräfte, Sozialpädagogen und weitere Fachkräfte effizient und kindzentriert zusammenarbeiten.

2. Kinder in Berlin brauchen Wege aus der Armut

Einordnung des Kinderschutzbundes Berlin: Seit Jahren hält sich die Kinderarmut in Berlin auf einem hohen Niveau. Trotz einer Vielzahl an Unterstützungsmaßnahmen wächst jedes vierte Kind in Berlin unter 15 Jahren arm oder armutsgefährdet auf². Damit läuft ein Viertel der jüngsten Bevölkerung strukturell Gefahr, von aktiver Teilhabe ausgeschlossen zu bleiben. Nicht nur um dieser Kinder willen, sondern zum Wohl unserer demokratischen Gesellschaft muss sich das dringend ändern.

Welche Strategie verfolgen Sie, um Kinderarmut in Berlin messbar zu reduzieren?

Antwort der CDU Berlin: Jedes Kind verdient gleiche Chancen auf Bildung, Förderung und ein selbstbestimmtes Leben. Für uns sind ein starkes soziales Hilfenetz und gute Bildungsangebote der zentrale Schlüssel im Kampf gegen Kinderarmut. Mit dem Familienfördergesetz und der Landeskommision gegen Kinderarmut haben wir auf Senats- und Bezirksebene eine gute Struktur der Kooperation eingerichtet, um Präventionsketten und kommunale Präventionsstrategien zu etablieren. Hierzu wurden auch 12 Koordinierungsstellen eingerichtet.

Unser Ziel ist es zugleich, bestehende Leistungen einfacher zugänglich zu machen und stärker in den Alltag von Kindern zu integrieren. Denn häufig scheitert die Inanspruchnahme von Leistungen – etwa aus dem Bildungs- und Teilhabepaket (BuT) – nicht am Angebot, sondern an bürokratischen Hürden, fehlender Information oder komplizierten Verfahren. Deshalb werden wir einen „Berliner Chancenpass“ einführen, der Leistungen bündelt, entbürokratisiert und digital zugänglich macht. Als einfach und intuitiv bedienbare App soll er Kindern und ihren Familien einen Überblick über Angebote im Kiez geben und einen direkten Zugang zu Bildungs- und Freizeitangeboten ermöglichen – etwa für Sportvereine, Musikschulen oder Nachhilfe. Der „Chancenpass“ soll dabei auch unmittelbar genutzt werden können, beispielsweise als Eintrittskarte für den Schwimmbadbesuch. Außerdem setzen wir uns auf Bundesebene dafür ein, dass das Einkommen von Jugendlichen aus Schülerjobs, Ferienarbeit oder Ausbildung nicht mehr auf die Sozialleistungen der Eltern angerechnet wird. So stärken wir Eigeninitiative, Verantwortungsbewusstsein und den Anreiz, früh praktische Erfahrungen zu sammeln.

Der wichtigste Schlüssel für persönlichen Erfolg und gesellschaftliche Teilhabe ist und bleibt gute Bildung. Deshalb wollen wir die frühkindliche Bildung in Berlin weiter stärken. Durch den verbesserten Betreuungsschlüssel, den wir mit 170 Millionen Euro zusätzlich finanzieren, entwickeln sich unsere Kitas zunehmend zu hochwertigen Bildungseinrichtungen. Wir setzen uns auch weiterhin für ausreichend verfügbare, qualitativ hochwertige und verlässliche Betreuungsplätze für alle Altersstufen ein. Mit einer Qualitätsoffensive für Kitas wollen wir insbesondere die Sprachbildung stärken und die Qualifizierung des pädagogischen Personals weiter vorantreiben. Mit dem Willkommensgutschein gewährleisten wir automatisch einen Zugang zur Kita ab dem dritten Lebensjahr. Schon im August 2026 bekommen Eltern einen Kitagutschein nach Hause geschickt. Kein Antrag, kein Weg zum Amt.

Auch multiprofessionelle Strukturen und die Kita-Sozialarbeit werden wir gezielt ausbauen. Mit dem Kita-Chancenjahr haben wir die Vorschule in Berlin wieder eingeführt. Diesen erfolgreichen Ansatz wollen wir stärken und weiter ausbauen – mit dem Ziel, alle Kinder bestmöglich auf die Schule

² Abgeordnetenhaus von Berlin (2025): Drucksache 19/2832 – Soziale Lage der Berliner Bevölkerung. Berlin, S. 14.

vorzubereiten. Im Mittelpunkt stehen dabei Sprachförderung, soziale Kompetenzen und grundlegende Fähigkeiten für erfolgreiches Lernen – vom sicheren Sprachverständnis bis hin zu motorischen und schulischen Grundfertigkeiten wie dem Um-gang mit Stift und Papier.

Klar ist jedoch: Kinderarmut ist immer auch Elternarmut. Deshalb setzen wir insbesondere auf die Stärkung der Erwerbsperspektiven von Eltern – gerade auch von Alleinerziehenden, die häufig allein die finanzielle Verantwortung tragen und zugleich erheblichen zeitlichen Belastungen ausgesetzt sind. Dafür braucht es verlässliche, qualitativ hochwertige und bedarfsgerechte Kinderbetreuung, starke Ganztagsangebote sowie Betreuungsmöglichkeiten auch in Randzeiten. Ergänzend setzen wir uns für gezielte Qualifizierungs- und Wiedereinstiegsprogramme sowie familienfreundliche Arbeitsmodelle ein.

Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um den Ausbau des sozialen, bedarfsgerechten Wohnraums für Familien, Geringverdiener*innen und Careleaver sicherzustellen?

Antwort der CDU Berlin: Viel zu lange wurden zu wenige Wohnungen in Berlin gebaut. Mit schnelleren Planungs- und Genehmigungsverfahren durch das Schneller-Bauen-Gesetz, einer reformierten Bauordnung und mehr Wohnungsbauförderung haben wir den wohnungspolitischen Kurswechsel in Berlin eingeleitet. Das zeigt sich auch konkret: Im Jahr 2025 wurden 13.754 Wohnungen genehmigt – ein Anstieg von 40,7 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Damit ist die Zahl der genehmigten Wohnungen nach acht Jahren erstmals wieder gestiegen. Diesen erfolgreichen Kurs werden wir konsequent fortsetzen, um den Wohnungsbau weiter zu beschleunigen und mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen.

Mit einer neuen Berliner Wohnoffensive wollen wir bis zum Jahr 2031 insgesamt 100.000 neue Wohnungen schaffen. Ein zentraler Baustein dafür ist die Einführung eines standardisierten Berliner Mehrfamilienhauses, um durch serielle Fertigung die Baukosten zu senken und Prozesse weiter zu beschleunigen. Den Bestand unserer landeseigenen Wohnungsbau-gesellschaften wollen wir auf 500.000 Wohnungen ausbauen und damit den Anteil gemeinwohlorientierten Wohnraums deutlich erhöhen. Zudem stärken wir die Berliner Genossenschaften mit dem Ziel, jährlich mindestens 1.000 genossenschaftliche Wohnungen neu zu bauen, von denen etwa 800 gefördert sein sollen. Mit einem gezielten Programm für Familienwohnen wollen wir insbesondere für mehr passende und bezahlbare Wohnungen für Familien sorgen. Gleichzeitig wollen wir „Junges Wohnen“ stärken und Studierenden und Auszubildenden mit einem neuen Vermietungskonzept bei den landeseigenen Wohnungsunternehmen den Zugang zu bezahlbarem Wohnraum in der ganzen Stadterleichtern.

Auch den Bau von Sozialwohnungen treiben wir weiter voran. So wurden 2025 in Berlin 5.175 neue Sozialwohnungen bewilligt und damit die Marke von 5.000 Wohnungen pro Jahr zum zweiten Mal in Folge übertroffen. Sozialwohnungen sollen gezielt denjenigen zugutekommen, die sie wirklich benötigen. Deshalb werden wir bei Neuvermietungen regelmäßige Einkommensprüfungen für Mieter einführen. Überschreitet das Einkommen die festgelegten Grenzen, soll eine vertraglich geregelte Mietanpassung in Form eines Mietzuschlags greifen. Die daraus erzielten Mittel sollen in die Wohnungsbauförderung fließen und für den Bau neuer Sozialwohnungen genutzt werden.

Darüber hinaus wollen wir das sozialpädagogisch begleitende Jugendwohnen weiter aus-bauen. Diese Unterstützung ist ein wichtiger Schritt, um jungen Menschen auf dem Weg in ein selbstständiges Leben zu helfen. Die Anzahl der verfügbaren Plätze konnte in der jüngsten Vergangenheit bereits erfolgreich gesteigert werden. Wir arbeiten intensiv daran, das Angebot im Laufe des Jahres noch

weiter zu vergrößern. Mit der neuen Jugendwohngagentur wollen wir eine deutlich umfassendere Hilfestellung leisten.

Welche Maßnahmen planen Sie, um die Armutskompetenz von Fach- und Verwaltungskräften in Berlin fach- und ressortübergreifend zu stärken?

Antwort der CDU Berlin: Eine bürgernahe und moderne Verwaltung zeichnet sich durch Empathie und Verständnis für die Lebensrealitäten der Menschen aus. Wir setzen auf Aufklärung und gesellschaftliche Sensibilisierung, um Vorurteile abzubauen und für die besonderen Herausforderungen von Menschen in prekären Lebenslagen zu sensibilisieren. Unser Ziel ist ein respektvoller und kompetenter Umgang mit von Armut betroffenen Menschen in allen behördlichen Kontakten. Durch den Abbau von Bürokratie und die Vereinfachung von Antragsverfahren, gerade auch sprachlich, wollen wir zudem sicherstellen, dass die Verwaltung als unterstützender Dienstleister wahrgenommen wird, der Hilfesuchenden auf Augenhöhe begegnet.

Welche konkreten Schritte werden Sie zur Weiterentwicklung und Umsetzung der Strategie gegen Kinderarmut der Landeskommision (LK Armut) unternehmen?

Antwort der CDU Berlin: Wir nehmen die Erkenntnisse und Empfehlungen der Landeskommision auf und arbeiten an der schrittweisen Umsetzung. Nicht alles geht sofort, nicht alles ist gleich finanzierbar. Den-noch ist es unser Anspruch, die Expertise zur Verbesserung der Strukturen zu nutzen und in konkretes Handeln umzusetzen. Wir sehen die Bekämpfung der Kinderarmut als eine ressortübergreifende Daueraufgabe. Die bestehenden Strategien sind daraufhin zu überprüfen, ob die Hilfen tatsächlich bei den Kindern ankommen. Unser Fokus liegt dabei auf der Vermeidung von Stigmatisierung und der Schaffung von echten Perspektiven durch frühkindliche Förderung und starke Schulen. Die enge Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung bleibt für uns der Schlüssel, um die Maßnahmen stetig an die aktuellen gesellschaftlichen Entwicklungen anzupassen und wirkungsvoll umzusetzen.

3. Kinder in Berlin brauchen Kinderrechte in der Praxis

Einordnung des Kinderschutzbundes Berlin: Es ist zentral für unsere Gesellschaft, die unumstößlichen Rechte aller Kinder auf Schutz, Teilhabe und größtmögliche Förderung anzuerkennen und umzusetzen. Daher begrüßen wir die Verankerung der UN-Kinderrechte in der Berliner Verfassung und fordern deren inhaltliche Verbreitung in allen Bereichen der Landespolitik und -verwaltung. Politik, Verwaltung und alle Akteure müssen Kinder und Jugendliche mit ihren besonderen Bedürfnissen täglich mitdenken und bei allen sie betreffenden Entscheidungen berücksichtigen

Wie wollen Sie zukünftig sicherstellen, dass die Bedürfnisse von Kindern in den sie betreffenden politischen Entscheidungsprozessen Berücksichtigung finden?

Antwort der CDU Berlin: Wir haben eine umfassende Strategie für die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen entwickelt und mit dem AG-KJHG einen verbindlichen gesetzlichen Rahmen zur Hand. In diesem Rahmen wollen wir Berlin als kinderfreundliche Kommune entwickeln und als erstes Bundesland die Zertifizierung durch UNICEF erreichen. Das neue Berliner Kompetenzzentrum für Beteiligung und Demokratiebildung ist hierzu ein wichtiger Partner. Berlin verfügt über eine beeindruckende Vielfalt in der Jugendpolitik und -arbeit, die wir erhalten und stärken wollen. Dazu

gehören der Landesjugendring, die Jugendverbände, die diversen Jugendbildungsstätten, den Kinder- und Jugendbericht für Berlin (KJB) ebenso wie der Landesjugendförderplan (LJFP) und die bezirklichen Jugendförderpläne.

Wir wollen, dass Kinder und Jugendliche sich frühzeitig einbringen können. Deshalb setzen wir uns dafür ein, die bezirklichen Kinder- und Jugendparlamente besser zu vernetzen und ihre Beteiligungsmöglichkeiten zu stärken. Junge Menschen sollen vor allem dort mitbestimmen können, wo ihr unmittelbarer Lebensmittelpunkt ist - nämlich direkt vor Ort in ihrem Kiez. Darüber hinaus ist uns die Arbeit der Schülervertretungen ein wichtiges Anliegen. Wir setzen uns dafür ein, dass diese Gremien ernst genommen werden und Schülerinnen und Schüler aktiv in Entscheidungen eingebunden sind, die ihren Schulalltag betreffen.

Welche Bedeutung hat es Ihrer Meinung nach, wenn handelnde Personen in Politik und Verwaltung über gute Kenntnisse der UN-Kinderrechte verfügen? Welche Maßnahmen planen Sie, um diese Kenntnisse fachübergreifend zu stärken?

Antwort der CDU Berlin: Fundierte Kenntnisse der verbrieften Kinderrechte sind für alle handelnden Akteure in Politik und Verwaltung eine unerlässliche Grundlage, um Entscheidungen stets im besten Interesse des Kindeswohls zu treffen. Das neue Berliner Bildungsprogramm beinhaltet ausdrücklich die Stärkung von Kinderrechten und Beteiligung auch schon in der frühkindlichen Bildung.

Minderjährige erhalten oft zu spät oder gar keinen Therapieplatz. Mit welchen Maßnahmen wollen Sie sich auf Landes- und Bundesebene für eine bessere psychotherapeutische Versorgung von Kindern und Jugendlichen in Berlin einsetzen?

Antwort der CDU Berlin: Die mentale Gesundheit von jungen Menschen wollen wir stärker in den Fokus rücken. Wir werden niedrigschwellige Angebote ausbauen, die schnelle und unbürokratische Hilfe ermöglichen. Erfolgreiche Projekte wie Soulspace wollen wir auf weitere Standorte ausweiten, um berlinweit erreichbare Anlaufstellen für junge Menschen in Krisensituationen und mit psychischen Problemen zu schaffen. Gleichzeitig werden wir die psychotherapeutische Versorgung konsequent am tatsächlichen Bedarf ausrichten und setzen uns dafür ein, dass die Bedarfsplanung basierend auf tatsächlichen Bedarfen neu erstellt wird. Nur so lassen sich Versorgungsengpässe beseitigen und Wartezeiten deutlich verkürzen.

Mit den Kinder- und Jugendambulanzen, den Sozialpädiatrischen Zentren an den Krankenhäusern, den heilpädagogischen Fachzentren, den Erziehungs- und Familienberatungszentren, den Kinder- und Jugendpsychiatrischen Diensten der Bezirke, den Teilhabefachdiensten und den Verfahrenslotsen, die wir über das neue AG-KJHG abgesichert haben, gibt es eine gute Versorgungsstruktur. Benötigt werden Angebote an der Schnittstelle von Jugendhilfe und Psychiatrie, um „Drehtüreffekte“ zu verhindern. Auf der Bundesebene setzen wir uns für die Versorgung im Kontext der SGB VIII Novelle in der ersten und zweiten Stufe für eine verbesserte Versorgung ein.

Antworten von Bündnis 90/Die Grünen Berlin

1. Kinder in Berlin brauchen wirksamen und präventiven Kinderschutz

Einordnung des Kinderschutzbundes Berlin: Die Zahlen von Kindeswohlgefährdungen sind seit der Corona-Pandemie auf einem konstant hohen Niveau. Aktuelle Statistiken zeigen, dass zuletzt rund 10.000 Fälle gemeldet wurden, in denen Minderjährige in Berlin von akuter oder latenter Kindeswohlgefährdung betroffen waren³. Dahinter stehen Kinder und Jugendliche, die in ihrem familiären Umfeld Gewalt erfahren, hinzu kommen viele weitere, deren Fälle nicht erfasst werden. Sie alle müssen so niedrigschwellig und so schnell wie möglich nachhaltige Unterstützung finden können.

Der Regionale Sozialpädagogische Dienst ist überlastet und häufig schwer erreichbar. Mit welchen strukturellen Maßnahmen werden Sie sicherstellen, dass alle Berliner Jugendämter die notwendigen Ressourcen haben, um eine zeitnahe Fallbearbeitung zu gewährleisten?

Antwort von Bündnis 90/Die Grünen Berlin: Die Berliner Strukturen des Berliner Kinderschutzes müssen ausgebaut, qualifiziert und abgesichert werden. Das betrifft vor allem die Regionalen Dienste der Jugendämter, die vor großen Herausforderungen stehen, gut zwischen effektivem Schutz und familienerhaltenden Maßnahmen abzuwägen. Um in den Jugendämtern ausreichend Personal zur Verfügung zu haben, müssen wir die Arbeitsbedingungen deutlich verbessern, damit Menschen gerne hier arbeiten. Dazu gehört nicht nur eine auskömmliche Personalausstattung, sondern auch regelmäßige Qualifizierung und Begleitung der Mitarbeitenden, beispielsweise durch Fortbildungen und Supervision. Auch eine gute Fehlerkultur ist zur Sicherung der Qualität von gutem Kinderschutz unerlässlich.

Wie werden Sie sich nach der Wahl des Abgeordnetenhauses 2026 für eine nachhaltige Finanzierung des Netzwerkes Kinderschutz und insbesondere der Kinderschutz-Fachberatungsstellen einsetzen?

Antwort von Bündnis 90/Die Grünen Berlin: Die nachhaltige Finanzierung des Netzwerkes Kinderschutz und der Kinderschutz-Fachberatungsstellen ist uns ein wichtiges Anliegen. Nur so können die Mitarbeitenden im Kinderschutz sich vollkommen auf ihre wichtige Aufgabe konzentrieren. Um hier eine dauerhafte Finanzierung zu gewährleisten, wäre es möglich, die Kinderschutznetzwerke und Beratungsstellen aus einer bloßen Zuwendungsfinanzierung herauszuholen und sie durch eine gesetzlich verbriefte Regelfinanzierung abzusichern.

Wie wollen Sie die finanzielle Absicherung der bezirklichen Schulstationen in freier Trägerschaft langfristig gewährleisten? Welche Qualitätsstandards sollen dabei erhalten oder weiterentwickelt werden?

Antwort von Bündnis 90/Die Grünen Berlin: Die bezirklichen Schulstationen in freier Trägerschaft sind für uns ein wichtiger Baustein der Berliner Bildungs- und Erziehungslandschaft. Sie tragen wesentlich zum Schulleben und vor allem zur gesunden Entwicklung von Kindern und Jugendlichen bei und sind insbesondere in schwierigen Situationen für viele Kinder und Jugendlichen die erste Anlaufstelle, wenn Hilfe gesucht wird. Wir wollen deshalb, dass sie dauerhaft gesetzlich abgesichert und finanziert

³ Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2025): Statistischer Bericht K V 10 - j / 24 – Jugendhilfe im Land Berlin 2024. Potsdam, S. 4.

werden. Hierbei ist uns wichtig, dass alle Bezirke und alle Schularten abgesichert werden. Denn ob ein Kind Zugang zu einer Schulstation hat, darf nicht von der bezirklichen Haushaltssituation oder der Schulart abhängig sein. Wir können uns vorstellen, gemeinsam mit den fachlich Zuständigen und den Schulstationen die derzeitige Situation zu evaluieren und gemeinsam einen Qualitätskatalog zu entwickeln, denn hierfür ist die Expertise der Fachleute aus der Praxis relevant.

2. Kinder in Berlin brauchen Wege aus der Armut

Einordnung des Kinderschutzbundes Berlin: Seit Jahren hält sich die Kinderarmut in Berlin auf einem hohen Niveau. Trotz einer Vielzahl an Unterstützungsmaßnahmen wächst jedes vierte Kind in Berlin unter 15 Jahren arm oder armutsgefährdet auf⁴. Damit läuft ein Viertel der jüngsten Bevölkerung strukturell Gefahr, von aktiver Teilhabe ausgeschlossen zu bleiben. Nicht nur um dieser Kinder willen, sondern zum Wohl unserer demokratischen Gesellschaft muss sich das dringend ändern.

Welche Strategie verfolgen Sie, um Kinderarmut in Berlin messbar zu reduzieren?

Antwort von Bündnis 90/Die Grünen Berlin: Kinderarmut ist weiterhin ein großes Problem in unserer Stadt und wir werden es tatkräftig angehen werden. Abgemildert wird Kinderarmut in erster Linie durch Transferleistungen und Regularien im sozialrechtlichen Bereich, die in der Zuständigkeit des Bundes liegen. Aktuell verschärft die schwarz-rote Bundesregierung die Armutssituation von Berliner Familien mit Kindern und Jugendlichen, insbesondere bei den Regelungen im SGB II sowie bei der Kürzung des Unterhaltsvorschusses, des Wohngelds und der Kinderbeiträge. Das Land Berlin muss diese Pläne im Bundesrat verhindern. Berlin selbst ist vor allem für die Infrastruktur und Bereiche zuständig, die Folgen von Kinderarmut auffangen können. Im Schulbereich steht Berlin vor großen Herausforderungen. Wir wollen die Bildungschancen für armutsbetroffene Kinder und Jugendliche deutlich verbessern. Dafür setzen wir auf gute Schulen, den Ausbau von Gemeinschaftsschulen, ausreichend qualifizierte Inklusionsangebote, eine effiziente Steuerung des schulischen Personals und die Beibehaltung der kostenfreien Angebote, etwa des Schüler*innentickets, kostenfreien Mittagessens, der kostenfreien Kita und freien Hortplätze. Insbesondere die Ergebnisse der Kinderarmutskommission werden wir weiter umsetzen und fortentwickeln.

Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um den Ausbau des sozialen, bedarfsgerechten Wohnraums für Familien, Geringverdiener*innen und Careleaver sicherzustellen?

Antwort von Bündnis 90/Die Grünen Berlin: Wir stärken die Landeseigenen Wohnungsunternehmen als eine der wichtigsten Säulen für bezahlbaren und bedarfsgerechten Wohnraum. Außerdem setzen wir uns dafür ein, dass sie bei der Wohnungsvergabe vulnerable und einkommensarme Gruppen noch besser berücksichtigen. Dafür erhöhen wir die Quote für Haushalte mit Wohnberechtigungsschein (WBS-Quote). Mit unserem Bezahlbare-Mieten-Gesetz schreiben wir auch für private Wohnungsunternehmen eine Sozialquote fest und machen eine Rücklage für Instandhaltungskosten verpflichtend. So bleiben Wohnungen bezahlbar und zugleich im guten Zustand. Wir setzen uns auch für ein Räumungsmoratorium und die Schaffung eines Präventionskonzepts zur Verhinderung von Wohnungslosigkeit ein, denn Wohnungslosigkeit verursacht schwerwiegende langfristige Folgen für die Betroffenen, insbesondere für vulnerable Gruppen wie Kinder. Wenn Zwangsräumungen

⁴ Abgeordnetenhaus von Berlin (2025): Drucksache 19/2832 – Soziale Lage der Berliner Bevölkerung. Berlin, S. 14.

stattfinden, dürfen sie künftig nur noch mit Ersatzwohnungen erfolgen. Beim Bau von Wohnraum müssen die unterschiedlichen Bedarfsgruppen, zu denen auch Careleaver und von Armut betroffene Familien gehören, ihren Bedarfen entsprechend berücksichtigt werden. Den Anteil von bezahlbarem Wohnraum werden wir durch diese und zahlreiche weitere Maßnahmen in der Wohnungspolitik erhöhen. Dass Kinder und Jugendliche in ASOG- oder Wohnungsloseneinrichtungen aufwachsen, ist für uns nicht hinnehmbar.

Welche Maßnahmen planen Sie, um die Armutskompetenz von Fach- und Verwaltungskräften in Berlin fach- und ressortübergreifend zu stärken?

*Antwort von Bündnis 90/Die Grünen Berlin: Wir wollen, anlehnend an den Prozess der Strategiekonferenzen in der Wohnungslosenhilfe, eine Berliner Strategiekonferenz zur Armutsprävention und -bekämpfung initiieren. Im Rahmen dieses Prozesses soll ein regelmäßiger Austausch mit Vertreter*innen aus den zuständigen Senatsverwaltungen, Bezirken, Wissenschaft, sozialen Trägern und Zivilgesellschaft ermöglicht werden. So wollen wir die gesamtstädtische und zivilgesellschaftliche Expertise mit dem Ziel einer fachverwaltungsübergreifenden Berliner Strategie zur Armutsprävention und -bekämpfung bündeln. In diesem Rahmen wird es auch darum gehen, die Armutskompetenz von Fach- und Verwaltungskräften fach- und ressortübergreifend zu stärken.*

Welche konkreten Schritte werden Sie zur Weiterentwicklung und Umsetzung der Strategie gegen Kinderarmut der Landeskommision (LK Armut) unternehmen?

Antwort von Bündnis 90/Die Grünen Berlin: Die Berliner Landeskommision zur Prävention von Kinder- und Familienarmut ist ein erfolgreiches Gremium zur Reduzierung von Kinderarmut und zur Unterstützung armutsbetroffener Familien in den Bezirken. Informationen zu vorhandenen Angeboten für die Betroffenen werden durch Koordinationsstellen in den Bezirken zusammengetragen und der fachübergreifende Austausch in den Bezirken damit gestärkt. Daneben hat die Landeskommision in den vergangenen Jahren verschiedene Expertisen zu armutsbetroffenen Gruppen, wie z. B. Alleinerziehenden, veröffentlicht, um deren materielle Lage und notwendige Verbesserungsbedarfe sichtbar zu machen. Wir wollen die Arbeit der Landeskommision fortführen und in Zukunft um weitere Themencluster ergänzen. Zu diesen weiteren Clustern gehört die finanzielle Situation der Betroffenen, insbesondere mit Blick auf Überschuldungen. Dazu gehört auch die berufliche Situation der Eltern vor dem Hintergrund von prekärer Beschäftigung Alleinerziehender und von Langzeitarbeitslosigkeit. Auch der Zugang zu Wohnraum muss in den Blick genommen werden, da es besonders Alleinerziehende schwer haben, bezahlbaren Wohnraum in Berlin zu finden.

3. Kinder in Berlin brauchen Kinderrechte in der Praxis

Einordnung des Kinderschutzbundes Berlin: Es ist zentral für unsere Gesellschaft, die unumstößlichen Rechte aller Kinder auf Schutz, Teilhabe und größtmögliche Förderung anzuerkennen und umzusetzen. Daher begrüßen wir die Verankerung der UN-Kinderrechte in der Berliner Verfassung und fordern deren inhaltliche Verbreitung in allen Bereichen der Landespolitik und -verwaltung. Politik, Verwaltung und alle Akteure müssen Kinder und Jugendliche mit ihren besonderen Bedürfnissen täglich mitdenken und bei allen sie betreffenden Entscheidungen berücksichtigen

Wie wollen Sie zukünftig sicherstellen, dass die Bedürfnisse von Kindern in den sie betreffenden politischen Entscheidungsprozessen Berücksichtigung finden?

Antwort von Bündnis 90/Die Grünen Berlin: Das Kindeswohl hat für uns bei Entscheidungen immer Vorrang. Eine Stadt, in der Kinder und Jugendliche gut aufwachsen können, bedeutet für uns auch, Raum für echte Mitbestimmung zu bieten. Deshalb soll ganz Berlin zur „Kinderfreundlichen Kommune“ werden. Wir wollen, dass unsere Kinder echte Beteiligungserfahrungen sammeln – sei es in strukturell verankerten Kinder- und Jugendgremien, bei Bauprojekten im Stadtteil oder in Klimaschutzinitiativen. Dazu schaffen wir die rechtlichen Grundlagen für Stimm- und Antragsrechte von Kinder- und Jugendgremien in allen zwölf Bezirksverordnetenversammlungen durch die Festschreibung dieser im Bezirksverwaltungsgesetz. Wir setzen uns auch weiterhin für die Etablierung altersgerechter, inklusiver sowie pädagogisch begleiteter Beteiligungsformate ein, in denen Kinder und Jugendliche ihre Perspektiven in die Gestaltung ihres direkten Lebensumfeldes miteinbringen können, z. B. bei der Ausstattung von Spielplätzen, bei Maßnahmen der Verkehrssicherheit oder der Pflanzung von Stadtbäumen. Die Kinderrechte der UN-Kinderrechtskonvention wollen wir in der Verfassung Berlins, im Bezirksverwaltungsgesetz und in der frühkindlichen Bildung verankern.

Welche Bedeutung hat es Ihrer Meinung nach, wenn handelnde Personen in Politik und Verwaltung über gute Kenntnisse der UN-Kinderrechte verfügen? Welche Maßnahmen planen Sie, um diese Kenntnisse fachübergreifend zu stärken?

Antwort von Bündnis 90/Die Grünen Berlin: Kenntnisse der UN-Kinderrechtskonvention sind besonders für Politik und Verwaltung wichtig. Die Kinderrechte binden auch Politik und Verwaltung. Wir werden die politischen Pflichten gegenüber Kindern, Jugendlichen und ihren Familien weiter ernst nehmen und unser Handeln nach ihnen ausrichten. Auch sind wir davon überzeugt, dass politische Fachkompetenz besonders relevant ist. Deshalb bilden sich unsere Fachpolitiker*innen kontinuierlich weiter und stehen im regelmäßigen Austausch mit den fachspezifischen Akteur*innen aus Zivilgesellschaft, Sozialwesen, Wirtschaft und weiteren Organisationen.

Minderjährige erhalten oft zu spät oder gar keinen Therapieplatz. Mit welchen Maßnahmen wollen Sie sich auf Landes- und Bundesebene für eine bessere psychotherapeutische Versorgung von Kindern und Jugendlichen in Berlin einsetzen?

Antwort von Bündnis 90/Die Grünen Berlin: Auch wir sehen, dass die psychosoziale Versorgung für Kinder und Jugendliche in Berlin aktuell nicht ausreichend ist. Wir setzen uns energisch dafür ein, dass die einschneidenden Kürzungen von Therapien und Leistungsumfang, die die schwarz-rote Bundesregierung zum kommenden Jahr plant, verhindert werden. Diese Kürzungen wäre eine Katastrophe angesichts der bereits heute unzureichenden Versorgungslage. Wir setzen uns stattdessen dafür ein, dass die Kassensitze in der Kinder- und Jugendpsychotherapie erhöht werden, denn der Bedarf ist weiter hoch und den betroffenen Kindern und Jugendlichen kann keine angemessen schnelle Hilfe zur Verfügung gestellt werden.

Antworten von Die Linke Berlin

1. Kinder in Berlin brauchen wirksamen und präventiven Kinderschutz

Einordnung des Kinderschutzbundes Berlin: Die Zahlen von Kindeswohlgefährdungen sind seit der Corona-Pandemie auf einem konstant hohen Niveau. Aktuelle Statistiken zeigen, dass zuletzt rund 10.000 Fälle gemeldet wurden, in denen Minderjährige in Berlin von akuter oder latenter Kindeswohlgefährdung betroffen waren⁵. Dahinter stehen Kinder und Jugendliche, die in ihrem familiären Umfeld Gewalt erfahren, hinzu kommen viele weitere, deren Fälle nicht erfasst werden. Sie alle müssen so niedrigschwellig und so schnell wie möglich nachhaltige Unterstützung finden können.

Der Regionale Sozialpädagogische Dienst ist überlastet und häufig schwer erreichbar. Mit welchen strukturellen Maßnahmen werden Sie sicherstellen, dass alle Berliner Jugendämter die notwendigen Ressourcen haben, um eine zeitnahe Fallbearbeitung zu gewährleisten?

Antwort von Die Linke Berlin: Die Linke Berlin fordert eine Personaloffensive für den Regionalen Sozialpädagogischen Dienst (RSD). So erwirken wir mittelfristig – orientiert an den qualifizierten Forderungen der Gewerkschaften – eine deutliche Reduktion des fallzahlorientierten Personalstandards. Die Arbeit im RSD muss auch attraktiver werden: Die Linke Berlin setzt sich für ein verbindliches Recht auf regelmäßige Supervision und Fortbildung ein und wird alle zwei Jahre die sachgerechte Personal- und Sachmittelausstattung des RSD überprüfen. In diesem Kontext prüfen wir innovative Maßnahmen wie die Einstellung von Verwaltungsfachkräften analog zu Schule und den Ausbau spezieller Ausbildungsmodule mit dem Fokus Jugendamt.

Wie werden Sie sich nach der Wahl des Abgeordnetenhauses 2026 für eine nachhaltige Finanzierung des Netzwerkes Kinderschutz und insbesondere der Kinderschutz-Fachberatungsstellen einsetzen?

Antwort von Die Linke Berlin: Das Netzwerk Kinderschutz leistet wichtige Arbeit. Wir wollen es mit den Schwerpunkten Prävention und Frühe Hilfen fördern und konzeptionell weiterentwickeln. Hier zielen wir insbesondere auf die Entwicklung eines ressortübergreifenden Masterplans Kinderschutz ab, welcher klare Zuständigkeiten benennt und der Multidimension des Themas zwischen Bildung, Jugend, Familie, Inneres, Sport, Integration etc. gerecht wird. Die Kinderschutz-Fachberatungsstellen sehen sich mit stark steigenden Fallzahlen und neuen Anforderungen wie Deepfakes konfrontiert. Wir wollen wir sie jeweils mit einer Personalstelle stärken. Wir prüfen die Einsetzung eines*einer unabhängigen Beauftragten für Kinderschutzfragen.

Wie wollen Sie die finanzielle Absicherung der bezirklichen Schulstationen in freier Trägerschaft langfristig gewährleisten? Welche Qualitätsstandards sollen dabei erhalten oder weiterentwickelt werden?

Antwort von Die Linke Berlin: Neben dem Landesprogramm Schulsozialarbeit sorgen die Bezirke mit Schulstationen in bezirklicher und freier Trägerschaft an einer Vielzahl von Schulen dafür, dass Schüler*innen und ihre Eltern wichtige begleitende sozialpädagogische Unterstützungs- und Beratungsangebote erhalten. Das jeweilige bezirkliche Jugendamt finanziert die Angebote, schließt Leistungsverträge ab und entwickelt Leitlinien. Als Linke unterstützen wir die Trägerpluralität in

⁵ Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2025): Statistischer Bericht K V 10 - j / 24 – Jugendhilfe im Land Berlin 2024. Potsdam, S. 4.

diesem Feld, welche die Unterschiedlichkeit der Berliner Sozialräume widerspiegelt und der Schulsozialarbeit bei Bedarf einen gewissen Grad an Unabhängigkeit gegenüber den Schulen ermöglicht. Der Fortbestand der Angebotsvielfalt ist nur über eine auskömmliche Ausfinanzierung der Bezirke sicherzustellen. Auch benötigen bezirklichen Jugendämter ausreichend Ressourcen, um das Qualitätsmanagement in der Schulsozialarbeit zu gewährleisten. Freie Träger bleiben unsere unverzichtbaren Partner. Wir arbeiten auf langfristige Finanzierungssicherheiten für freie Träger hin, denn kontinuierliche Beziehungsarbeit erfordert verlässliche Förderstrukturen.

2. Kinder in Berlin brauchen Wege aus der Armut

Einordnung des Kinderschutzbundes Berlin: Seit Jahren hält sich die Kinderarmut in Berlin auf einem hohen Niveau. Trotz einer Vielzahl an Unterstützungsmaßnahmen wächst jedes vierte Kind in Berlin unter 15 Jahren arm oder armutsgefährdet auf⁶. Damit läuft ein Viertel der jüngsten Bevölkerung strukturell Gefahr, von aktiver Teilhabe ausgeschlossen zu bleiben. Nicht nur um dieser Kinder willen, sondern zum Wohl unserer demokratischen Gesellschaft muss sich das dringend ändern.

Welche Strategie verfolgen Sie, um Kinderarmut in Berlin messbar zu reduzieren?

Antwort von Die Linke Berlin: Die Linke Berlin will, dass alle Angebote der öffentlichen Daseinsvorsorge für Kinder und Jugendliche kostenfrei sind, ohne komplizierte Anträge und stigmatisierende Bedarfsprüfungen. Für die gebührenfreie Kita, den kostenfreien Hortbesuch bis Klasse Drei und kostenfreies Essen an Grundschulen haben wir bereits gesorgt. Aber es muss weitergehen: Jedes Kind muss kostenlos ins Schwimmbad gehen oder im Jugendclub kochen können. Wir werden neue Formen der Gebühren- bzw. Kostenfreiheit prüfen. Familien mit Kindern wenden im Vergleich zur restlichen Bevölkerung einen deutlichen höheren Anteil des verfügbaren Einkommens für Güter des alltäglichen Bedarfs auf und haben zugleich einen erhöhten Bedarf an Wohnraum. Zentrale Stellschrauben der Landespolitik für die Reduktion von Kinder- und Familienarmut sind für uns deshalb die Preis- und Steuerpolitik sowie die Wohnungspolitik (siehe b). Als zentrale Institution der Armutsbekämpfung wollen wir die Berliner Kommission zur Prävention von Kinder- und Familienarmut stärken (siehe d). Das Bürgergeld wurde auf Bundesebene von der Grundsicherung abgelöst, die nachteilig für Familien ausfällt. Hiergegen treten wir ein. Die Einführung einer Kindergrundsicherung auf Bundesebene ist hingegen vorerst gescheitert. Wir werden uns über den Bundesrat für eine echte, armutsfeste Kindergrundsicherung starkmachen. Die strukturelle Benachteiligung Alleinerziehender – etwa bei der vollen Anrechnung des Kindergeldes auf den Unterhaltsvorschuss – ist für uns inakzeptabel, auch hier wollen wir mittels einer Bundesratsinitiative tätig werden.

Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um den Ausbau des sozialen, bedarfsgerechten Wohnraums für Familien, Geringverdiener*innen und Careleaver sicherzustellen?

Antwort von Die Linke Berlin: Frauen, Alleinerziehende und junge Menschen sind überdurchschnittlich häufig von Wohnungsnot, verdeckter Wohnungslosigkeit und Diskriminierung bei der Wohnungsvergabe betroffen. Jede Person hat das Recht auf sicheren, diskriminierungsfreien und selbstbestimmten Wohnraum. Wir wollen anonymisierte, diskriminierungssensible Monitorings bei

⁶ Abgeordnetenhaus von Berlin (2025): Drucksache 19/2832 – Soziale Lage der Berliner Bevölkerung. Berlin, S. 14.

*landeseigenen Wohnungsunternehmen einrichten, um ungleiche Vergabepraktiken sichtbar zu machen. Generell braucht es ausreichend bezahlbaren Wohnraum beispielsweise für Geringverdienende oder junge Menschen auf der Suche nach der ersten eigenen Wohnung, weshalb wir uns für einen deutlichen Ausbau des gemeinnützigen und kommunalen Wohnungsbestands einsetzen. Bei der Vergabe von landeseigenen und geförderten Wohnungen sollen besondere Bedarfsgruppen wie Alleinerziehende oder Menschen mit geringem Einkommen in hohem Maße berücksichtigt werden. Die rund 13.000 Minderjährigen, die mit ihren Familien teils über Jahre hinweg in bezirklichen Obdachlosen-Unterkünften wohnen, müssen prioritär in eigenen Wohnraum vermittelt werden. Zudem dürfen Familien niemals wegen Miet- oder Betriebskostenschulden ihre Wohnung verlieren. Eigenbedarfskündigungen sollen begrenzt und in Härtefällen – zum Beispiel bei minderjährigen, lebensälteren oder kranken Bewohner*innen – verboten werden. Mit besonderem Fokus auf die Careleaver unterstützen wir die Gründung einer Jugendwohngagentur.*

Welche Maßnahmen planen Sie, um die Armutskompetenz von Fach- und Verwaltungskräften in Berlin fach- und ressortübergreifend zu stärken?

*Antwort von Die Linke Berlin: Kinderarmut ist zuallermeist Familienarmut, dieser Zusammenhang muss ins öffentliche Bewusstsein durchdringen. Die Bekämpfung von Ausgrenzung, Einsamkeit und Armut ist der Schlüssel für sozialen Zusammenhalt und für die Stabilität und Funktionsfähigkeit unserer Demokratie. Wesentliche Faktoren der Armutsbekämpfung werden auf der Bundesebene bestimmt. Auf Berliner Ebene werden wir alle Möglichkeiten nutzen, der falschen Politik der Bundesregierung eine Politik der Solidarität, der Wertschätzung, der Anerkennung und materiellen Armutsbekämpfung entgegenzustellen. Diese Prinzipien müssen insbesondere in der Verwaltung und bei den Fachkräften greifen, die nah am Menschen arbeiten, sei es im Bürgeramt, in der Kita oder im Senior*innentreff. Bildungs- und Empowerment-Angebote mit dem Fokus auf Antidiskriminierung wollen wir stärken und hierzu zählt auch die Armutssensibilisierung. Armutssensibilität braucht Ressourcen: Wir wollen die Kita-Sozialarbeit stärken und die Sozial- und Jugendämter mit mehr Personal ausstatten, sodass Zeit zur Fortbildung bleibt und gleichzeitig schnellere Hilfen für die Bürger*innen und Entlastungen für die Beschäftigten ermöglicht werden.*

Welche konkreten Schritte werden Sie zur Weiterentwicklung und Umsetzung der Strategie gegen Kinderarmut der Landeskommision (LK Armut) unternehmen?

Antwort von Die Linke Berlin: Das Land Berlin hat im Jahr 2017 unter Rot-Rot-Grün den Beschluss gefasst, eine gesamtstädtische Strategie zur Reduzierung und Prävention von Kinder- und Familienarmut zu erarbeiten, welche im Jahr 2021 vorlag. Ziel war und ist es, für die bezirkliche Praxis einen langfristig angelegten Handlungsrahmen zur Erhöhung der gesellschaftlichen Teilhabe von armutsbetroffenen Kindern, Jugendlichen und ihren Familien zu schaffen. Sukzessive wurden bezirkliche Koordinierungsstellen aufgebaut, die unterstützende Prozessbegleitung liegt seit 2022 beim Projekt MitWirkung – Perspektiven für Familien (Gesundheit Berlin-Brandenburg e.V.). Von der bezirklichen Kinderarmutskonferenz bis zum Kochkurs im Jugendclub wurden die Bezirke aktiv und finanzierten Projekte zur Armutsprävention, als das Programm Ende 2024 von Schwarz-Rot plötzlich komplett gestrichen werden sollte. Durch massiven öffentlichen und politischen Druck ruderte die Koalition zurück und ermöglichte eine Finanzierung von 1 Mio. Euro pro Jahr und mithin aber 700.000 Euro weniger als ursprünglich vorgesehen. Die Bezirke mussten gerade erst aufgelegte Projekte wieder streichen. Wir setzen uns entschieden für eine Rücknahme der Kürzungen und eine konzeptionelle Fortentwicklung der Strategie gegen Kinderarmut ein.

3. Kinder in Berlin brauchen Kinderrechte in der Praxis

Einordnung des Kinderschutzbundes Berlin: Es ist zentral für unsere Gesellschaft, die unumstößlichen Rechte aller Kinder auf Schutz, Teilhabe und größtmögliche Förderung anzuerkennen und umzusetzen. Daher begrüßen wir die Verankerung der UN-Kinderrechte in der Berliner Verfassung und fordern deren inhaltliche Verbreitung in allen Bereichen der Landespolitik und -verwaltung. Politik, Verwaltung und alle Akteure müssen Kinder und Jugendliche mit ihren besonderen Bedürfnissen täglich mitdenken und bei allen sie betreffenden Entscheidungen berücksichtigen

Wie wollen Sie zukünftig sicherstellen, dass die Bedürfnisse von Kindern in den sie betreffenden politischen Entscheidungsprozessen Berücksichtigung finden?

Antwort von Die Linke Berlin: Wir wollen ein lebenswertes und diskriminierungsfreies Berlin, das allen gehört. Kinder und Jugendliche sind politisch noch immer stark unterrepräsentiert, dabei sind sie genauso Teil der Stadtgesellschaft wie Erwachsene. Ihre Bedürfnisse müssen im Fokus unserer Politik stehen. Die Linke hat sich seit vielen Jahren für das Wahlrecht ab 16 engagiert und es erfolgreich mit durchgesetzt. Für eine breitere Repräsentation junger Menschen im politischen Raum prüfen wir eine weitere Absenkung des Wahlalters. Die Berliner Kinder und Jugendlichen müssen an allen sie und ihre Zukunft betreffenden Entscheidungen beteiligt werden. Deshalb setzen wir uns für verbindliche Rede- und Beteiligungsrechte junger Menschen in den Bezirksverordnetenversammlungen, Jugendhilfeausschüssen und allen anderen relevanten Gremien ein. Auch auf Landesebene wollen wir die Beteiligungsstrukturen für junge Menschen ausbauen und vielfältige innovative Formate unterstützen, die junge Lebenswelten in ihrer vollen Breite repräsentieren. Das Berliner Kinder- und Jugendförder- und Beteiligungsgesetz (JugFöG) haben wir als Linke in Regierungsverantwortung maßgeblich mitgestaltet und durchgesetzt. Daran anknüpfend wollen wir Räume der Kinder- und Jugendbeteiligung wie bezirkliche Kinder- und Jugendparlamente stärken und den Jugenddemokratiefonds finanziell aufstocken. Wir werden das JugFöG weiterentwickeln und für eine echte Kinder- und Jugendbeteiligung verbindliche Jugendbudgets in allen Bezirken verankern.

Welche Bedeutung hat es Ihrer Meinung nach, wenn handelnde Personen in Politik und Verwaltung über gute Kenntnisse der UN-Kinderrechte verfügen? Welche Maßnahmen planen Sie, um diese Kenntnisse fachübergreifend zu stärken?

Antwort von Die Linke Berlin: Die Linke fordert die Aufnahme der Kinderrechte ins Grundgesetz in einer Form, die nicht hinter der UN-Kinderrechtskonvention zurückbleibt. Deutschland hat die UN-Kinderrechtskonvention im Jahr 1992 ratifiziert. Dennoch sehen wir immer noch großen Nachholbedarf bei der Umsetzung und insbesondere in den Bereichen Recht auf Beteiligung, Recht auf Schutz und Recht auf Bildung. Alle Personen, die qua Amt oder Beruf für die Umsetzung solcher fundamentalen Rechte zuständig sind, müssen sie kennen, denn nur wer um die Rechte von Kindern weiß, kann sich auch adäquat für ihre Umsetzung einsetzen oder sie zur Grundlage politischer Entscheidungen machen. Wir brauchen mehr politisches Engagement für junge Menschen und themenbezogene Schulungen der gesamten Berliner Verwaltung, denn wo verwaltet wird, da sind auch immer die Lebenswelten von Kindern und Jugendlichen ganz unmittelbar betroffen.

Minderjährige erhalten oft zu spät oder gar keinen Therapieplatz. Mit welchen Maßnahmen wollen Sie sich auf Landes- und Bundesebene für eine bessere psychotherapeutische Versorgung von Kindern und Jugendlichen in Berlin einsetzen?

*Antwort von Die Linke Berlin: Berlin braucht ein abgestimmtes Konzept zur psychosozialen Prävention und eine bessere psychosoziale Versorgung für Kinder und Jugendliche. Einsamkeit, Mobbing- und Diskriminierungserfahrungen, Süchte, psychische Erkrankungen und Neurodivergenzen junger Menschen gilt es anzuerkennen und strukturell aufzufangen. Hierfür werden wir die Kooperation der Akteure des Gesundheitswesens, der Jugendsozialarbeit, der Schulen und der Jugendhilfe stärken. Der Jugendarbeit kommt in diesem Zusammenhang eine Lotsenfunktion zu: Sie hilft, bestehende Angebote wie etwa Familienberatungsstellen bekannt zu machen. Niedrigschwellige Krisenchats und -telefone sowie analoge Anlaufstellen an den realen Aufenthaltsorten von Kindern und Jugendlichen wollen wir stärken. Der psychotherapeutische Versorgungsgrad darf nicht länger – wie bundesweit üblich – künstlich hochgerechnet werden. Die besonderen Bedarfe von Kindern und Jugendlichen müssen in den Bedarfsplanungen generell berücksichtigt werden, denn sie sind nicht einfach „kleine Erwachsene“. Die Weiterbildung für Psychotherapeut*innen in Ausbildung muss ausreichend finanziert werden. Die aktuellen Honorarkürzungen lehnen wir ab.*

1. Kinder in Berlin brauchen wirksamen und präventiven Kinderschutz

Einordnung des Kinderschutzbundes Berlin: Die Zahlen von Kindeswohlgefährdungen sind seit der Corona-Pandemie auf einem konstant hohen Niveau. Aktuelle Statistiken zeigen, dass zuletzt rund 10.000 Fälle gemeldet wurden, in denen Minderjährige in Berlin von akuter oder latenter Kindeswohlgefährdung betroffen waren⁷. Dahinter stehen Kinder und Jugendliche, die in ihrem familiären Umfeld Gewalt erfahren, hinzu kommen viele weitere, deren Fälle nicht erfasst werden. Sie alle müssen so niedrigschwellig und so schnell wie möglich nachhaltige Unterstützung finden können.

Der Regionale Sozialpädagogische Dienst ist überlastet und häufig schwer erreichbar. Mit welchen strukturellen Maßnahmen werden Sie sicherstellen, dass alle Berliner Jugendämter die notwendigen Ressourcen haben, um eine zeitnahe Fallbearbeitung zu gewährleisten?

Antwort von SPD Berlin: Die Regionalen Sozialpädagogischen Dienste sind das Rückgrat der öffentlichen Jugendhilfe. Wenn sie überlastet oder nicht erreichbar sind, werden Familien zu spät unterstützt, Hilfen verzögern sich und es können Risiken für den Kinderschutz entstehen. Deshalb wollen wir die Jugendämter dauerhaft personell, finanziell und organisatorisch stärken. Gemeinsam mit den Bezirken werden wir ein verbindliches und bedarfsgerechtes Personalbemessungssystem entwickeln. Dabei dürfen nicht allein Einwohnerzahlen zählen. Berücksichtigt werden müssen Fallzahlen, die Komplexität der Fälle, die Sozialstruktur, Kinderschutzmeldungen, Vertretungsbedarfe sowie notwendige Zeiten für Beratung, Prävention und sozialräumliche Arbeit. Eine Personalreserve soll Ausfälle durch Krankheit, Elternzeit und unbesetzte Stellen auffangen. Jugendämter sind für uns starke Partner für Familien in schwierigen Situationen. Wir statten sie daher personell und finanziell so aus, dass sie ihrer Verantwortung gerecht werden können. Den Finanzierungsschlüssel bei den Hilfen zur Erziehung reformieren wir so, dass kein Bezirk trotz hoher Bedarfe benachteiligt wird. Wir wollen außerdem die Modellprojekte zur sozialen Beratung in Kinderarztpraxen ausweiten, um Familien früh zu erreichen und den Druck auf die Jugendämter zu verringern.

Wie werden Sie sich nach der Wahl des Abgeordnetenhauses 2026 für eine nachhaltige Finanzierung des Netzwerkes Kinderschutz und insbesondere der Kinderschutz-Fachberatungsstellen einsetzen?

Antwort von SPD Berlin: Kinderschutz ist eine dauerhafte staatliche Pflicht. Fachberatungsstellen im Kinderschutz leisten unverzichtbare Arbeit. Er darf nicht von jährlich neu zu beantragenden Projektmitteln oder kurzfristigen Haushaltsentscheidungen abhängen. Die spezialisierten Kinderschutz-Fachberatungsstellen sind ein unverzichtbarer Bestandteil des Berliner Netzwerkes Kinderschutz. Wir setzen uns deshalb für eine verlässliche, mehrjährige und dynamisierte Finanzierung ein. Tarifsteigerungen, Mietkosten, Sicherheitsmaßnahmen und wachsende Beratungsbedarfe müssen regelmäßig berücksichtigt werden. Dauerhaft benötigte Angebote sollen institutionell oder über mehrjährige Fördervereinbarungen abgesichert werden. Das schafft Planungssicherheit für die Träger und Verlässlichkeit für die Betroffenen. Im Parlament setzen wir uns dafür ein, dass auskömmliche Mittel bereitgestellt werden und mögliche Kürzungen den Sozialbereich nicht treffen: Einsparungen zulasten dieser notwendigen Infrastruktur lehnen wir ab. Zugleich wollen

⁷ Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2025): Statistischer Bericht K V 10 - j / 24 – Jugendhilfe im Land Berlin 2024. Potsdam, S. 4.

wir die Zusammenarbeit zwischen Jugendämtern, Gesundheitswesen, Schulen, Polizei, Justiz, Gewaltschutz, Kinderschutzambulanzen und freien Trägern verbindlicher gestalten. Wir richten außerdem eine unabhängige Stelle gegen sexuellen Missbrauch und sexualisierte Gewalt an Kindern und Jugendlichen ein.

Wie wollen Sie die finanzielle Absicherung der bezirklichen Schulstationen in freier Trägerschaft langfristig gewährleisten? Welche Qualitätsstandards sollen dabei erhalten oder weiterentwickelt werden?

Antwort von SPD Berlin: Schulstationen in freier Trägerschaft sind ein wichtiger Bestandteil der sozialen Infrastruktur an Berliner Schulen. Sie bieten niedrigschwellige Hilfe unmittelbar am Lebensort Schule, unterstützen Kinder und Familien, entlasten Lehrkräfte und bearbeiten Konflikte frühzeitig. Diese Arbeit braucht Verlässlichkeit. Wir wollen Träger, die soziale Arbeit im Rahmen von Leistungsverträgen und Zuwendungsprojekten erbringen, in die Lage versetzen, ihre Beschäftigten tarifgerecht zu bezahlen und verlässlich zu planen. Projektbezogene Förderung dauerhafter Aufgaben wollen wir in institutionelle Finanzierung umwandeln. Qualitätsstandards sichern wir durch klare Anforderungen an Träger und durch den Ausbau multiprofessioneller Teams, die auch das Thema mentale Gesundheit adäquat adressieren.

2. Kinder in Berlin brauchen Wege aus der Armut

Einordnung des Kinderschutzbundes Berlin: Seit Jahren hält sich die Kinderarmut in Berlin auf einem hohen Niveau. Trotz einer Vielzahl an Unterstützungsmaßnahmen wächst jedes vierte Kind in Berlin unter 15 Jahren arm oder armutsgefährdet auf⁸. Damit läuft ein Viertel der jüngsten Bevölkerung strukturell Gefahr, von aktiver Teilhabe ausgeschlossen zu bleiben. Nicht nur um dieser Kinder willen, sondern zum Wohl unserer demokratischen Gesellschaft muss sich das dringend ändern.

Welche Strategie verfolgen Sie, um Kinderarmut in Berlin messbar zu reduzieren?

Antwort von SPD Berlin: Kinderarmut ist kein individuelles Versagen von Familien, sondern eine politische und gesellschaftliche Herausforderung. Sie betrifft Einkommen, Bildung, Gesundheit, Wohnen sowie soziale, kulturelle und digitale Teilhabe.

Wir verfolgen deshalb eine Doppelstrategie: Familien müssen materiell besser abgesichert werden. Gleichzeitig müssen alle Kinder unabhängig vom Einkommen ihrer Eltern Zugang zu guter Bildung, Gesundheit, Freizeit und gesellschaftlicher Teilhabe erhalten. Alle Kinder und Jugendlichen verdienen gute Chancen auf Bildung, Gesundheit, Teilhabe und ein sicheres Aufwachsen. Bildung ist für uns der wichtigste Aufstiegsweg. Deshalb wollen wir das Aufstiegsversprechen erneuern: durch gute Kitas, starke Schulen, bessere Sprachförderung, verlässliche Jugendhilfe und echte Teilhabe.

Ein weiterer zentraler Ansatz ist eine frühzeitige Unterstützung: Um Familien von Beginn an zu unterstützen und möglichst viele zu erreichen, weiten wir die Modellprojekte zur sozialen Beratung in Kinderarztpraxen aus. Die aktuelle Finanzierungspraxis und den Finanzierungsschlüssel bei den Hilfen zur Erziehung reformieren wir so, dass kein Bezirk trotz hoher Bedarfe benachteiligt wird.

⁸ Abgeordnetenhaus von Berlin (2025): Drucksache 19/2832 – Soziale Lage der Berliner Bevölkerung. Berlin, S. 14.

Um Teilhabe nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig zu machen, wollen wir kulturelle Angebote für junge Menschen besser zugänglich machen und eine Jugendkulturkarte mit einem jährlichen Kulturguthaben für junge Berlinerinnen und Berliner zwischen 18 und 23 Jahren einführen.

Armut von Kindern hängt häufig auch mit der Erwerbssituation der Eltern zusammen. Darum wollen wir öffentlich geförderte Beschäftigung stärken und jährlich 500 neue Arbeitsplätze im Förderprogramm „Soziale Betriebe“ schaffen. Diese sollen langzeitarbeitslosen Menschen sozialversicherungspflichtige Beschäftigung in marktnahen Tätigkeitsfeldern ermöglichen. Mit dem Projekt „Familien in Arbeit“ wollen wir insbesondere Alleinerziehenden neue Perspektiven eröffnen. Alleinerziehende stehen für uns im Mittelpunkt. Sie tragen oft eine doppelte Verantwortung und sind besonders von Armutsrisiken betroffen.

Auf parlamentarischer Ebene setzt sich die SPD-Fraktion dafür ein, die Folgen von Kinderarmut systematisch zu verringern und ihre Ursachen dort zu bekämpfen, wo Landespolitik wirksam handeln kann – statt sie nur zu verwalten: Armut und Armutsfolgen müssen früh erkannt und abgefedert werden. Zugleich müssen die Strukturen gestärkt werden, die Kindern und Familien dauerhaft bessere Chancen eröffnen. Ein großer Teil der bestehenden Strukturen in der Kinder-, Jugend- und Familienpolitik dient im Kern genau diesem Ziel: soziale und strukturelle Ungleichheit auszugleichen, Teilhabe zu ermöglichen und Kindern unabhängig vom Elternhaus bessere Chancen zu eröffnen. Kitas, Familienzentren, Jugendämter, Jugendfreizeiteinrichtungen, Schulsozialarbeit, Hilfen zur Erziehung, Familienservicebüros, Verfahrenslotsinnen und Verfahrenslotsen, Gesundheitsangebote, Beratungsstellen und freie Träger sind nicht bloß Verwaltungs- oder Angebotsstrukturen. Sie sind zentrale Instrumente, um Armutslagen zu erkennen, Benachteiligung abzubauen und Familien frühzeitig zu unterstützen. Um Kinderarmut messbar zu reduzieren, braucht es eine ressortübergreifende Strategie mit klaren Indikatoren. Fortschritte müssen regelmäßig überprüfbar sein, damit politische Maßnahmen nachgesteuert werden können. Auf Bundesebene setzen wir uns weiterhin für eine armutsfeste Kindergrundsicherung ein.

Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um den Ausbau des sozialen, bedarfsgerechten Wohnraums für Familien, Geringverdiener*innen und Careleaver sicherzustellen?

Antwort von SPD Berlin: Careleaver brauchen beim Übergang aus der Jugendhilfe in ein eigenständiges Leben besondere Unterstützung. Dafür wollen wir ein verbindliches Berliner Übergangsmanagement schaffen. Jugendämter sollen frühzeitig mit Wohnungsunternehmen, Jobcentern, Sozialämtern und Beratungsstellen zusammenarbeiten. Dazu gehören Wohnungskontingente bei landeseigenen Unternehmen, Bürgschaften und Kautionsübernahmen, betreute Übergangswohnungen sowie eine verlässliche Nachbetreuung nach § 41a SGB VIII. Gleichzeitig wollen wir Wohnungsverlust verhindern: durch frühzeitige Hilfen bei Mietschulden, starke Fachstellen zur Vermeidung von Wohnungslosigkeit und einen wirksamen Schutz vor Verdrängung. Gerade bei Familien mit Kindern gilt: Prävention ist besser und menschlicher als die Unterbringung nach einem Wohnungsverlust.

Wohnen ist eine zentrale Armutsfrage. Wer einen zu großen Teil des Einkommens für Miete aufwenden muss oder in zu beengten Verhältnissen lebt, hat weniger Spielraum für Bildung, Gesundheit, Freizeit und soziale Teilhabe. Familien brauchen bezahlbare Wohnungen, die nicht nur rechnerisch, sondern tatsächlich zu ihrer Lebenssituation passen.

Deshalb setzen wir auf mehr sozialen und gemeinwohlorientierten Wohnungsbau, eine starke Rolle der landeseigenen Wohnungsunternehmen und eine bessere Versorgung von Familien mit passenden

Wohnungen. Dabei geht es nicht nur um die Zahl der Wohnungen, sondern auch um Wohnungsgrößen, Grundrisse, Barrierearmut, Sozialbindung und die Nähe zu sozialer Infrastruktur wie Kitas, Schulen, Jugendfreizeiteinrichtungen und Beratungsangeboten.

Bei landeseigenen Wohnungen wollen wir den Wohnungstausch erleichtern. Wer aus einer zu großen in eine kleinere Wohnung wechseln möchte, soll nicht dadurch bestraft werden, dass die neue Wohnung pro Quadratmeter deutlich teurer wird. Umgekehrt müssen Familien leichter in größere Wohnungen wechseln können, wenn die bisherige Wohnung zu klein geworden ist.

Ein besonderes Augenmerk legen wir auf Alleinerziehende. Der Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein soll so weiterentwickelt werden, dass Alleinerziehende mit Kind Paaren mit Kind besser gleichgestellt werden. Ziel muss sein, dass Alleinerziehende und ihre Kinder nicht dauerhaft in beengten Wohnverhältnissen leben müssen, sondern Anspruch auf ausreichend Raum haben - also auf Rückzugsmöglichkeiten für das Kind und den betreuenden Elternteil sowie auf einen gemeinsamen Wohnbereich.

Welche Maßnahmen planen Sie, um die Armutskompetenz von Fach- und Verwaltungskräften in Berlin fach- und ressortübergreifend zu stärken?

Antwort von SPD Berlin: Viele Leistungen, die armen Kindern und Familien helfen sollen, kommen nicht ausreichend bei ihnen an. Das liegt nicht am mangelnden Bedarf, sondern oft an zu komplizierten Verfahren, fehlendem Wissen über Ansprüche, Sprachbarrieren, Scham, Überforderung oder mangelnder Abstimmung zwischen Behörden, freien Trägern und Unterstützungsangeboten.

Armutskompetenz bedeutet für uns: Fach- und Verwaltungskräfte müssen erkennen können, wie Armut wirkt, welche Folgen sie für Kinder und Familien hat und wie Unterstützung so organisiert wird, dass sie tatsächlich erreichbar ist, im Sinne einer sensiblen, respektvollen und lösungsorientierten Verwaltungspraxis.

Auf parlamentarischer Ebene setzt sich die SPD-Fraktion dafür ein, ressortübergreifende Fortbildungen zur Kinder- und Familienarmut zu auszubauen, die Lotsenfunktion zu verbessern und Familienservicebüros weiter zu stärken. Wichtig sind niedrigschwellige Anlaufstellen und Ansprechpersonen, die Zuständigkeiten erklären, Verfahren begleiten und Familien nicht alleinlassen, damit Menschen mit komplexen Lebenslagen nicht an Zuständigkeitsgrenzen scheitern. Wir wollen deshalb verbindliche Module zu Armutssensibilität und Armutskompetenz in die Aus-, Fort- und Weiterbildung des Landes Berlin aufnehmen. Führungskräfte, Beschäftigte mit Bürger*innenkontakt und Fachkräfte in besonders relevanten Diensten sollen regelmäßig qualifiziert werden. Menschen mit eigener Armutserfahrung und Selbstvertretungsorganisationen sollen daran beteiligt werden. Ergänzend wollen wir einen ressortübergreifenden Praxisleitfaden entwickeln. Entscheidend ist am Ende nicht, ob ein Förderinstrument auf dem Papier existiert, sondern ob es beim Kind ankommt.

Welche konkreten Schritte werden Sie zur Weiterentwicklung und Umsetzung der Strategie gegen Kinderarmut der Landeskommision (LK Armut) unternehmen?

Antwort von SPD Berlin: Die Strategie gegen Kinderarmut der Landeskommision Armut ist eine wichtige Grundlage. Entscheidend ist jetzt, dass sie nicht nur beschrieben, sondern konsequent umgesetzt, überprüft und vorangebracht wird und die Unterstützung tatsächlich bei den Kindern und Familien ankommt.

Die SPD-Fraktion im Abgeordnetenhaus wird auf eine stärkere Verbindlichkeit zwischen den Ressorts hinwirken: Kinderarmut betrifft Jugend, Bildung, Gesundheit, Wohnen, Arbeit, Soziales, Kultur und

Finanzen gleichermaßen. Deshalb darf sie nicht in einem Ressort verbleiben, sondern muss als gemeinsame Aufgabe des Senats, der Bezirke und der freien Träger verstanden werden, auf indikatorengestütztes Monitoring zurückgreifen und Betroffene und Fachpraxis stärker einbeziehen. Bestehende Lotsen- und Beratungsstrukturen gilt es, besser zu verzahnen und weiterzuentwickeln. Entscheidend ist eine konsequente Wirkungsorientierung. Nicht allein Mittelabfluss und Angebotszahlen zählen, sondern tatsächliche Verbesserungen im Leben der Kinder. Die Ergebnisse der Landeskommision müssen deshalb auch in Haushaltsentscheidungen und Gesetzesvorhaben einfließen.

3. Kinder in Berlin brauchen Kinderrechte in der Praxis

Einordnung des Kinderschutzbundes Berlin: Es ist zentral für unsere Gesellschaft, die unumstößlichen Rechte aller Kinder auf Schutz, Teilhabe und größtmögliche Förderung anzuerkennen und umzusetzen. Daher begrüßen wir die Verankerung der UN-Kinderrechte in der Berliner Verfassung und fordern deren inhaltliche Verbreitung in allen Bereichen der Landespolitik und -verwaltung. Politik, Verwaltung und alle Akteure müssen Kinder und Jugendliche mit ihren besonderen Bedürfnissen täglich mitdenken und bei allen sie betreffenden Entscheidungen berücksichtigen

Wie wollen Sie zukünftig sicherstellen, dass die Bedürfnisse von Kindern in den sie betreffenden politischen Entscheidungsprozessen Berücksichtigung finden?

*Antwort von SPD Berlin: Kinder und Jugendliche brauchen echte Mitsprache, Beteiligung ist kein freiwilliger Zusatz. Wir richten ein Kinder- und Jugendparlament auf Landesebene ein und statten es mit Geldern aus. Wir schaffen eine*n Berliner Kinderbeauftragte*n und erarbeiten gemeinsam mit jungen Menschen eine Berliner Jugendstrategie.*

Die SPD Berlin setzt sich seit Jahren dafür ein, Kinderrechte im Grundgesetz zu verankern und stärker in den Mittelpunkt von Entscheidungen zu rücken. Dazu wollen wir auf parlamentarischer Ebene einen verbindlichen Kinder- und Jugendcheck für Gesetze, Senatsvorlagen, Haushaltsentscheidungen und größere Investitionsvorhaben einführen. Dabei muss nachvollziehbar geprüft werden, welche Auswirkungen eine Entscheidung auf Kinder und Jugendliche sowie auf besonders benachteiligte Gruppen hat.

*Auch Kinder- und Jugendbudgets, Jugendverbände, Schüler*innenvertretungen und selbstorganisierte Zusammenschlüsse wollen wir stärken. Aufsuchende Formate in Schulen, Kitas, Jugendfreizeiteinrichtungen, Einrichtungen der Jugendhilfe und Unterkünften sollen auch jene jungen Menschen erreichen, die bislang kaum Zugang zu politischen Beteiligungsformen haben. Wir stärken Schüler*innenvertretungen und bauen Mitbestimmung ab Klasse 1 aus, bezirkliche Kinder- und Jugendbüros und Beteiligungsstellen wollen wir dauerhaft finanzieren. Beteiligung muss frühzeitig, barrierefrei, altersgerecht und bei Bedarf mehrsprachig stattfinden.*

Welche Bedeutung hat es Ihrer Meinung nach, wenn handelnde Personen in Politik und Verwaltung über gute Kenntnisse der UN-Kinderrechte verfügen? Welche Maßnahmen planen Sie, um diese Kenntnisse fachübergreifend zu stärken?

Antwort von SPD Berlin: Gute Kenntnisse der UN-Kinderrechte sind Grundvoraussetzung für eine kindgerechte Politik und Verwaltung. Wer die Rechte von Kindern kennt, trifft bessere Entscheidungen

und erkennt Gefährdungen früher. Im Parlament setzen wir uns dafür ein, ressortübergreifende Fortbildungen auszubauen und die Lotsenfunktion zu verbessern, damit Kinder und Familien nicht an Zuständigkeitsgrenzen scheitern. Kinderrechte betreffen nicht nur die Jugendverwaltung, sondern ebenso Bildung, Gesundheit, Wohnen, Verkehr, Stadtentwicklung, Inneres, Justiz, Digitalisierung, Kultur und den Landeshaushalt. Deshalb wollen wir sie verbindlich in die Aus- und Fortbildung des öffentlichen Dienstes aufnehmen. Für Führungskräfte und Beschäftigte in besonders kinderrelevanten Bereichen sollen regelmäßige Schulungen angeboten werden.

Minderjährige erhalten oft zu spät oder gar keinen Therapieplatz. Mit welchen Maßnahmen wollen Sie sich auf Landes- und Bundesebene für eine bessere psychotherapeutische Versorgung von Kindern und Jugendlichen in Berlin einsetzen?

Antwort von SPD Berlin: *Die psychotherapeutische Unterversorgung von Kindern und Jugendlichen ist ein ernstes Problem. Lange Wartezeiten auf psychotherapeutische Hilfe sind nicht hinnehmbar. Frühzeitige Unterstützung verhindert Leid, stabilisiert Familien und kann spätere Krisen und stationäre Behandlungen vermeiden. Wir bauen niedrigschwellige „Soulspace“-Anlaufstellen bei seelischen Krisen aus und verbessern die Versorgung nachhaltig. Auf Landesebene wollen wir den Masterplan psychische Gesundheit mit einem eigenständigen Schwerpunkt für Kinder und Jugendliche umsetzen. Dazu gehören eine transparente, bezirkliche Versorgungsplanung, ein Monitoring von Wartezeiten und Versorgungslücken sowie eine bessere Zusammenarbeit zwischen Psychotherapie, Kinder- und Jugendpsychiatrie, Kinderärzt*innen, Schulen, Jugendämtern und Jugendhilfe. Wir wollen die Psychotherapie für Kinder und Jugendliche nach dem SGB VIII, Erziehungs- und Familienberatungsstellen sowie niedrigschwellige psychosoziale Angebote ausbauen. Krisendienste und aufsuchende Angebote müssen kinder- und jugendgerecht weiterentwickelt werden. Multiprofessionelles Personal an Schulen bauen wir aus, um das Thema mentale Gesundheit adäquat zu adressieren. Weiterbildungsstellen im Öffentlichen Gesundheitsdienst sowie ausreichend Weiterbildungsplätze in Kliniken und Instituten müssen abgesichert werden. Auf Bundesebene setzen wir uns für eine Reform der ambulanten Bedarfsplanung ein, damit alle Bezirke ausreichend Facharztsitze haben. Die statistische Überversorgung Berlins bildet die tatsächliche Situation in vielen Außenbezirken nicht ab. Planungsbereiche müssen kleinräumiger werden und soziale Belastungen, Altersstruktur, Erkrankungshäufigkeit und tatsächliche Wartezeiten berücksichtigen. Außerdem brauchen wir eine auskömmliche Finanzierung der psychotherapeutischen Weiterbildung, mehr Kassensitze für Kinder- und Jugendlichenpsychotherapie und kurzfristige Zugänge nach einer psychotherapeutischen Sprechstunde. Unser Ziel ist eine rechtzeitige und wohnortnahe Behandlung – unabhängig vom Einkommen und Wohnort der Eltern.*

Antworten der Tierschutzpartei Berlin

1. Kinder in Berlin brauchen wirksamen und präventiven Kinderschutz

Einordnung des Kinderschutzbundes Berlin: Die Zahlen von Kindeswohlgefährdungen sind seit der Corona-Pandemie auf einem konstant hohen Niveau. Aktuelle Statistiken zeigen, dass zuletzt rund 10.000 Fälle gemeldet wurden, in denen Minderjährige in Berlin von akuter oder latenter Kindeswohlgefährdung betroffen waren⁹. Dahinter stehen Kinder und Jugendliche, die in ihrem familiären Umfeld Gewalt erfahren, hinzu kommen viele weitere, deren Fälle nicht erfasst werden. Sie alle müssen so niedrigschwellig und so schnell wie möglich nachhaltige Unterstützung finden können.

Der Regionale Sozialpädagogische Dienst ist überlastet und häufig schwer erreichbar. Mit welchen strukturellen Maßnahmen werden Sie sicherstellen, dass alle Berliner Jugendämter die notwendigen Ressourcen haben, um eine zeitnahe Fallbearbeitung zu gewährleisten?

Antwort der Tierschutzpartei Berlin: Nicht nur der Regionale Sozialpädagogische Dienst, sondern fast alle Einrichtungen und Träger der Kinder- und Jugendarbeit und -fürsorge sind überlastet. Der neue Senat muss hier eine nachhaltige Finanzierung dieses Bereichs sicherstellen und seine Prioritäten setzen. Dazu gehören ausreichend Fachkräfte, bessere Personalgewinnung und -bindung, reduzierter Verwaltungsaufwand und eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Jugendämtern und freien Trägern.

Es geht allerdings auch um die Weiterentwicklung von Qualitätsstandards und Bedarfsanalysen. Hier maßt sich die Politik noch oft genug die Entscheidungsgewalt an, obwohl ihr die Kompetenz dazu fehlt. Die Träger und Verbände werden in der Regel nur als Antragsteller und Fördergeldempfänger angesehen. Hier müssen nachhaltige Netzwerk- und Beratungsstrukturen implementiert werden, die den Expert:innen aus der Forschung und praktischen Arbeit nicht nur das Recht auf Anhörung, sondern auch weitreichende Entscheidungskompetenzen zubilligen. Die qualitativen Entscheidungen über die Umsetzung der Maßnahmen sollten weitgehend unabhängig in der Verantwortung der dort tätigen Expert:innen liegen.

Wie werden Sie sich nach der Wahl des Abgeordnetenhauses 2026 für eine nachhaltige Finanzierung des Netzwerkes Kinderschutz und insbesondere der Kinderschutz-Fachberatungsstellen einsetzen?

Antwort der Tierschutzpartei Berlin: Wir werden das Netzwerk Kinderschutz und die Kinderschutz-Fachberatungsstellen dauerhaft im Berliner Haushalt absichern und die Finanzierung auf eine verlässliche Grundlage stellen. Dafür wollen wir langfristige Förderstrukturen schaffen, die den tatsächlichen Bedarf an Personal- und Sachmitteln berücksichtigen, statt wichtige Angebote von kurzfristigen Projektmitteln abhängig zu machen.

Wie wollen Sie die finanzielle Absicherung der bezirklichen Schulstationen in freier Trägerschaft langfristig gewährleisten? Welche Qualitätsstandards sollen dabei erhalten oder weiterentwickelt werden?

Antwort der Tierschutzpartei Berlin: Wir planen, die bezirklichen Schulstationen in das Landesprogramm Jugendsozialarbeit an Schulen zu überführen, um bestehende Angebote langfristig abzusichern, sodass weiterhin eine gut ausgebaute, niederschwellige Anlaufstelle existiert. Ein

⁹ Amt für Statistik Berlin-Brandenburg (2025): Statistischer Bericht K V 10 - j / 24 – Jugendhilfe im Land Berlin 2024. Potsdam, S. 4.

zentraler Aspekt dabei ist die ungleiche Verteilung: Neukölln hat massiv in seine Schulstationen investiert, andere Bezirke haben nur einstellige Zahlen. Deshalb wollen wir neben den bestehenden Stationen gezielt Schulen mit erhöhtem Bedarf an psychosozialer Prävention und Frühintervention in allen Bezirken stärken und den Einsatz multiprofessioneller Teams und starker räumlicher Trennung von den Unterrichtsräumen in allen Schulen mit erhöhten Bedarfen zur Regel zu machen.

Außerdem beabsichtigen wir, auch das bereits gut aufgestellte Personal in den bestehenden Schulstationen durch eine konsequentere Digitalisierung von Bürokratie besser zu entlasten und durch Schulungen für die Bedarfe der neuen Generationen an Schüler:innen (Neurodivergenz, Zukunftsangst, Rechtsextremismus und weiteren) optimal zu wappnen.

2. Kinder in Berlin brauchen Wege aus der Armut

Einordnung des Kinderschutzbundes Berlin: Seit Jahren hält sich die Kinderarmut in Berlin auf einem hohen Niveau. Trotz einer Vielzahl an Unterstützungsmaßnahmen wächst jedes vierte Kind in Berlin unter 15 Jahren arm oder armutsgefährdet auf¹⁰. Damit läuft ein Viertel der jüngsten Bevölkerung strukturell Gefahr, von aktiver Teilhabe ausgeschlossen zu bleiben. Nicht nur um dieser Kinder willen, sondern zum Wohl unserer demokratischen Gesellschaft muss sich das dringend ändern.

Welche Strategie verfolgen Sie, um Kinderarmut in Berlin messbar zu reduzieren?

Antwort der Tierschutzpartei Berlin: Wir wollen Kinderarmut in Berlin durch eine bessere Absicherung von Familien, den Ausbau niedrigschwelliger Unterstützungsangebote und eine Stärkung der sozialen Infrastruktur reduzieren. Dazu gehören gute Bildungs- und Freizeitangebote sowie eine verlässliche Jugendhilfe. Auch ein kostenloses (pflanzliches) Mittagessen für Kinder und Jugendliche soll Familien finanziell entlasten.

Kinderarmut lässt sich allerdings nicht nur durch Einzelmaßnahmen ändern. Die extrem ungleiche Verteilung von Einkommen, Vermögen und Zugang zu öffentlichen Angeboten wie Schulen, bezahlbarem Wohnraum, Kultur, Gesundheitsversorgung und Mobilität lassen sich nur durch eine grundsätzlich neue Gerechtigkeitspolitik und Ressourcenverteilung ändern. Hier muss der neue Berliner Senat auch seinen bundespolitischen Einfluss stärken.

Welche Maßnahmen werden Sie ergreifen, um den Ausbau des sozialen, bedarfsgerechten Wohnraums für Familien, Geringverdiener*innen und Careleaver sicherzustellen?

Antwort der Tierschutzpartei Berlin: Wir wollen den sozialen Wohnungsbau stärken, mehr dauerhaft gebundenen Wohnraum schaffen und den Zugang für Familien, Geringverdiener:innen und Careleaver verbessern. Zudem braucht es eine engere Verzahnung von Wohnungs-, Sozial- und Jugendpolitik, damit insbesondere junge Menschen nach der Jugendhilfe beim Übergang in ein eigenständiges Leben besser unterstützt werden.

Jede fünfte Wohnung in Berlin gehört einem landeseigenen Wohnungsbauunternehmen. Die Umsetzung des Volksentscheides „Deutsche Wohnen & Co enteignen“ könnte weitere 102.600 Wohnungen wieder in Landesbesitz zurückführen. Hier hätte der Senat großen Handlungsspielraum.

¹⁰ Abgeordnetenhaus von Berlin (2025): Drucksache 19/2832 – Soziale Lage der Berliner Bevölkerung. Berlin, S. 14.

Die Kompetenzen der Wohnraumversorgung Berlin (WVB) sowie die Beteiligungsrechte der Mieter:innen müssen gestärkt werden.

Welche Maßnahmen planen Sie, um die Armutskompetenz von Fach- und Verwaltungskräften in Berlin fach- und ressortübergreifend zu stärken?

Antwort der Tierschutzpartei Berlin: Wir setzen uns dafür ein, dass Fach- und Verwaltungskräfte in Berlin durch regelmäßige Fortbildungen und fachübergreifenden Austausch besser auf die unterschiedlichen Lebenslagen von Kindern, Jugendlichen und Familien vorbereitet werden. Ziel ist eine Verwaltung, die soziale Benachteiligungen erkennt, Hürden abbaut und Menschen in schwierigen Situationen gezielter erreicht.

Welche konkreten Schritte werden Sie zur Weiterentwicklung und Umsetzung der Strategie gegen Kinderarmut der Landeskommision (LK Armut) unternehmen?

Antwort der Tierschutzpartei Berlin: Die Landeskommision zur Prävention von Kinder- und Familienarmut (LK Armut) hat weitreichende Strategien gegen Kinderarmut entwickelt – auch hier mangelt es an Umsetzungswillen der Politik. Eine Kinder- und Jugendbeauftragte des neuen Senats mit erweiterten Entscheidungskompetenzen sollte zukünftig die Priorisierung dieses Themas sicherstellen.

3. Kinder in Berlin brauchen Kinderrechte in der Praxis

Einordnung des Kinderschutzbundes Berlin: Es ist zentral für unsere Gesellschaft, die unumstößlichen Rechte aller Kinder auf Schutz, Teilhabe und größtmögliche Förderung anzuerkennen und umzusetzen. Daher begrüßen wir die Verankerung der UN-Kinderrechte in der Berliner Verfassung und fordern deren inhaltliche Verbreitung in allen Bereichen der Landespolitik und -verwaltung. Politik, Verwaltung und alle Akteure müssen Kinder und Jugendliche mit ihren besonderen Bedürfnissen täglich mitdenken und bei allen sie betreffenden Entscheidungen berücksichtigen

Wie wollen Sie zukünftig sicherstellen, dass die Bedürfnisse von Kindern in den sie betreffenden politischen Entscheidungsprozessen Berücksichtigung finden?

Antwort der Tierschutzpartei Berlin: Seitdem die Bundesrepublik Deutschland die UN-Kinderrechtskonvention unterzeichnete, ist sie geltendes Recht. Dennoch betrachten sie große Teile der Politik als ein nice to have und missachten sie täglich. Damit Verbände wie der Kinderschutzbund dies ändern können, muss dringend ein Verbandsklagerecht auch in diesem Bereich ausgebaut werden. Der neue Berliner Senat sollte die Initiative dazu ergreifen.

Wir wollen darüber hinaus Kinder und Jugendliche stärker an politischen Entscheidungsprozessen beteiligen und ihre Perspektiven gezielt einbeziehen. Dafür braucht es niedrigschwellige, altersgerechte Beteiligungsformate auf Landes- und Bezirksebene, die unterschiedliche Lebensrealitäten berücksichtigen. Bei politischen Vorhaben, die Kinder und Jugendliche betreffen, sollen ihre Perspektiven frühzeitig angehört werden. Dazu gehören auch mehr Unterstützung für Kinder- und Jugendparlamente, Jugendbeiräte und andere Beteiligungsformen. Kinder und Jugendliche sind nicht nur von politischen Entscheidungen betroffen, sondern haben das Recht, ihre Zukunft aktiv mitzugestalten.

Welche Bedeutung hat es Ihrer Meinung nach, wenn handelnde Personen in Politik und Verwaltung über gute Kenntnisse der UN-Kinderrechte verfügen? Welche Maßnahmen planen Sie, um diese Kenntnisse fachübergreifend zu stärken?

Antwort der Tierschutzpartei Berlin: Die UN-Kinderrechte müssen Grundlage politischen und Verwaltungshandelns sein. Nur wenn Entscheidungsträger die Rechte von Kindern kennen und verstehen, können sie diese bei allen Maßnahmen – von Bildung über Gesundheit bis hin zu Jugendhilfe und Stadtentwicklung – angemessen berücksichtigen. Wir setzen uns dafür ein, dass Kenntnisse der UN-Kinderrechtskonvention in Aus- und Fortbildungen von Fachkräften in Politik, Verwaltung und öffentlichen Einrichtungen stärker verankert werden. Darüber hinaus braucht es Fach- und Beratungsgremien auf allen Ebenen mit erweiterter Mitsprache- und Entscheidungskompetenz. Kinder- und Jugendbeteiligung bauen wir gezielt aus, damit die Perspektiven junger Menschen strukturell in Entscheidungsprozesse einfließen.

Minderjährige erhalten oft zu spät oder gar keinen Therapieplatz. Mit welchen Maßnahmen wollen Sie sich auf Landes- und Bundesebene für eine bessere psychotherapeutische Versorgung von Kindern und Jugendlichen in Berlin einsetzen?

Antwort der Tierschutzpartei Berlin: Psychische Gesundheit ist ein zentraler Bestandteil von Kinderschutz, Chancengleichheit und gesellschaftlicher Teilhabe. Deshalb müssen Hilfsangebote frühzeitig, wohnortnah und für alle Kinder und Jugendlichen zugänglich sein. Wir setzen uns dafür ein, dass die Zahl der Kassensitze für Kinder- und Jugendpsychotherapeut:innen dem tatsächlichen Bedarf angepasst wird. Darüber hinaus wollen wir schulpsychologische Dienste, Beratungsstellen sowie niedrigschwellige Unterstützungsangebote an Schulen, Jugendfreizeiteinrichtungen und Familienzentren stärken. Zudem wollen wir präventive Angebote zur Förderung der psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen ausbauen.